

Die unüberschaubaren Folgen des Krieges – angefangen bei den vermutlich mehr als einhunderttausend Gefallenen auf irakischer Seite über die ökologische Katastrophe, die über die Golfregion hereinbrach, bishin zu Saddam Husseins brutaler und menschenverachtender Verfolgung und Abschachtung der schiitischen und kurdischen Bevölkerung – haben nicht nur schlimme Befürchtungen wahr werden lassen, sondern zugleich die Zweifel an der wie auch immer begründeten Statthaftigkeit des Krieges bestärkt.

Als sich Herausgeber und Redaktion dieser Zeitschrift Ende März zu ihrer Planungskonferenz trafen, beherrschte der Golfkrieg verständlicherweise das Gespräch. Fest stand bald, daß »Communio« das Thema aufgreifen müsse: Zuviel Durcheinander, zu viele Emotionen hatten in den vergangenen Wochen die Diskussion bestimmt, zumal wenn es um die moralische Wertung des Krieges ging: Ist ein Krieg a priori mit dem christlichen Glauben unvereinbar, oder hat die kirchliche Tradition im Wissen um die Natur des sündigen Menschen doch recht, wenn sie einen Frieden um jeden Preis noch lange nicht mit gerechtem Frieden gleichsetzt?

Wir wollen an dieser Stelle das Thema »Krieg« also aufgreifen, zwar anlässlich des Golfkrieges, aber nicht mit ausschließlicm Blick auf ihn. In den kommenden Heften wird sich jeweils ein Beitrag dem Thema widmen; die Aufsätze sollen dazu beitragen, daß Phänomen aus dem Abstand von allen Aktualitäten neu zu überdenken und zu diskutieren. – Beginnen werden wir in dieser Ausgabe mit dem Nachdruck eines Artikels aus der italienischen Halbmonatsschrift »La Civiltà Cattolica« vom 2. Februar 1991; es handelt sich dabei um eine autorisierte Stellungnahme des Heiligen Vaters zum Golfkrieg. Den sich anschließenden Kommentar verfaßte Thomas Kielinger, Chefredakteur der Wochenzeitung »Rheinischer Merkur«.

Maximilian Greiner

»Der Krieg ist ein Abenteuer ohne Rückkehr«

Bedauerlicherweise haben wir den dunklen und tragischen Tunnel des Krieges betreten, und wir wissen weder wann noch wie wir wieder aus ihm herausfinden werden. Was allerorten die Angst vermehrt, ist die Tatsache, daß sich dieser Konflikt auf andere Länder des Mittleren Ostens auszuweiten droht und daß er – Gott möge es verhindern – andere Teile des Erdkreises in Mitleidenschaft ziehen könnte. Eine militärische Konfrontation mußte man seit den ersten Augusttagen des vergangenen Jahres befürchten, als die Vereinigten Staaten und wenig später auch andere westliche und arabische Länder auf Bitten von Kuwait und Saudi-Arabien Truppen, Flugzeuge und Schiffe in die Golfregion entsandten, um der Invasion und anschließenden Annexion des Emirates als 19. irakischer Provinz mit Entschlossenheit zu begegnen und die Invasoren zum Rückzug zu zwingen. Nun darf man hoffen, daß der Konflikt begrenzt bleibt und daß er ein baldiges Ende finden möge. Denn der Gedanke, der Krieg am Golf könne längere Zeit andauern, ist unerträglich. Die entsetzliche Zerstörungskraft moderner Waffensy-

steme hat das Wesen und die Qualität kriegerischer Auseinandersetzungen im Vergleich zu den bisherigen Erfahrungen der Menschheit grundlegend verändert. Die Fortdauer des Golfkrieges würde daher eine unabsehbare Zahl militärischer und ziviler Opfer zur Folge haben und ungeheure materielle Schäden anrichten.

Gerade weil Johannes Paul II. dieses Bild schrecklichen Blutvergießens vor Augen hatte, eines Blutvergießens, wie er es durch die Tragödie Polens zwischen 1939 und 1945 selbst miterleben mußte, erklärte er in seiner Weihnachtsbotschaft: »Angstvoll warten wir darauf, daß die Drohung mit den Waffen zurückgenommen wird. Die Verantwortlichen mögen sich doch davon überzeugen, daß *der Krieg ein Abenteuer ohne Rückkehr ist.*«¹ Mit wachsender Besorgnis hat der Papst in den letzten Monaten die Entwicklung im Mittleren Osten verfolgt und alle Seiten an ihre außerordentliche Verantwortung gemahnt. Den gesamten Januar hindurch setzte er sein unermüdliches Werk als Prophet ohne Waffen fort, seine Kraft und Stärke allein aus dem Wort Gottes und dem Bewußtsein schöpfend, Sprachrohr für die Hoffnungen der gesamten Menschheit zu sein. Mit der Forderung nach einem besonderen Engagement der Völkergemeinschaft wies er einen gangbaren Weg für die Lösung des Konfliktes. Besonders hervorheben möchten wir, was er uns am 17. Januar mitzuteilen hatte, an jenem Tage also, an dem die alliierten Streitkräfte mit der Bombardierung des Irak begannen:

»Bis zur letzten Minute habe ich gebetet und gehofft, daß das nicht eintreffen möge, und ich habe alles Menschenmögliche getan, um diese Tragödie zu verhindern. Die Bitterkeit entspringt dem Gedanken an die Opfer, Zerstörungen und Leiden, die der Krieg hervorrufen kann; ich bin all denen besonders nahe, die durch ihn auf der einen und der anderen Seite leiden. Diese Bitterkeit wird noch vertieft durch die Tatsache, daß der Beginn dieses Krieges auch eine schwere Niederlage des internationalen Rechts und der internationalen Gemeinschaft anzeigt. In diesen Stunden großer Gefahr möchte ich mit Nachdruck wiederholen, daß der Krieg kein angemessenes Mittel sein kann, die zwischen den Nationen bestehenden Probleme voll zu lösen. Er war es nie und wird es nie sein! Ich hoffe weiter, daß das, was begonnen hat, rasch ein Ende nehme. Ich bete, daß die Erfahrung dieses ersten Tages des Konfliktes genügt, um das Schreckliche zu begreifen, das geschieht, und um die Notwendigkeit zu verstehen, daß die Bestrebungen und Rechte aller Völker der Region Gegenstand eines besonderen Einsatzes der internationalen Gemeinschaft sind. Es handelt sich um Probleme, deren Lösung nur in einer internationalen Versammlung gesucht werden kann, wo alle beteiligten Parteien vertreten sind und aufrichtig und ausgewogen zusammenarbeiten. [...] Ich hoffe noch auf mutige Gesten, die die Prüfung abkürzen können, die internationale Ordnung wiederherstellen und bewirken, daß der Stern des Friedens, der einst über Bethlehem erstrahlte, jetzt zurückkehre und jene uns so teure Region erleuchte.«²

* * *

Wie und warum ist es zu einer derartig dramatischen Zuspitzung gekommen? In Wirklichkeit gab es die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Golfkonfliktes. Dies beweisen die zahlreichen Lösungsvorschläge, die von verschiedenen Seiten eingebracht

1 *L'Osservatore Romano* deutsch vom 4. Januar 1991, S. 1.

2 *L'Osservatore Romano* deutsch vom 25. Januar 1991, S. 1.

wurden. Sie lassen sich im wesentlichen auf zwei Punkte reduzieren: Der Rückzug der irakischen Armee aus Kuwait und die Einberufung einer Friedenskonferenz zur Lösung aller Probleme der Region. Warum haben diese, in den vergangenen Monaten stets aufs neue wiederholten und in immer neuen Varianten unterbreiteten Vorschläge keinen Erfolg gehabt?

Es ist nicht einfach, diese Frage zu beantworten. Eine sichere Antwort wird erst dann möglich sein, wenn wir genau wissen, was wirklich zwischen dem August 1990 und dem heutigen Tage geschehen ist. Die »Realität« ist nicht immer mit dem identisch, was als solche »erscheint«, d.h. was von den *Massenmedien* als solche verbreitet wird. In einer ersten Annäherung läßt sich sagen, daß der Wille fehlte, eine friedliche Beilegung des Konfliktes herbeizuführen. Auf irakischer Seite mangelte es an der Bereitschaft zu einer friedlichen Einigung, da Saddam Hussein erklärt hatte, er würde sich niemals aus Kuwait zurückziehen. Er betrachtet das Emirat als eine irakische Provinz, die dem Irak im Zuge englischer Kolonialpolitik unrechtmäßig entrissen und in eindeutig anti-irakischer Funktion als unabhängiger Staat eingerichtet wurde (d.h. die Gründung von Kuwait zielte nach Ansicht der Iraker darauf ab, ihrem Land den Zugang zum Meer zu verwehren). Der Wille zu einer friedlichen Lösung fehlte aber auch auf Seiten des Westens, der in Saddam Hussein und seinem Regime wohl das eigentliche Hindernis für Frieden und Stabilität im Mittleren Osten sah; sei es weil dieser einen Angriff auf Israel vorbereitete, sei es weil er die Einverleibung anderer Golfstaaten (Saudi-Arabien, Emirate) anvisierte: Die Okkupation von Kuwait konnte ja der erste Schritt auf dem Weg zur Eroberung weiterer Länder sein. Es ging also nicht darum, ein Übereinkommen mit der irakischen Regierung zu treffen, sondern die von ihr ausgehende Gefahr für die Stabilität des gesamten Mittleren Ostens auszuschalten. Die Befreiung von Kuwait war sicherlich ein wichtiges Ziel, galt es doch einen schweren Verstoß gegen das internationale Recht zu ahnden und eine Störung des empfindlichen politischen Gleichgewichts in der Golfregion auszugleichen, aber wahrscheinlich bildete sie nicht das alleinige Motiv für die Intervention.

In dieser Situation war jeder Vorschlag für eine friedliche Beilegung des Konfliktes zum Scheitern verurteilt: Saddam Hussein wollte sich unter keinen Umständen aus Kuwait zurückziehen. Und die andere Seite versagte jedem Lösungsvorschlag ihre Zustimmung, der das irakische Regime und die von ihm ausgehende Gefahr unbehelligt gelassen hätte. Zudem schienen die Beteiligten einer Friedenskonferenz nur geringe Chancen einzuräumen, nicht nur wegen der Schwierigkeiten, einander widerstrebende Interessen, wie etwa diejenigen Israels und der arabischen Völker, insbesondere der Palästinenser, miteinander zu vereinbaren, sondern auch wegen der tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten unter den arabischen Staaten selbst. Darüber hinaus hätte eine Friedenskonferenz aus der Sicht des Irak die Rückgabe Kuwaits und vor allem eine Schwächung seiner Führungsrolle in der arabischen Welt bedeutet, auch wenn man ihm einen Zugang zum Meer zugesichert hätte. Und für die andere Seite bot eine Konferenz keine Garantie dafür, daß die Gefahr, die von Saddam und seinem Regime für die Stabilität des Mittleren Ostens und für die Ölversorgung ausgehen, eliminiert worden wäre.

Erschwert wurde eine praktikable friedliche Lösung nicht zuletzt dadurch, daß man den bedingungslosen Rückzug des Irak aus Kuwait zur Voraussetzung für jegliche Verhandlungen machte. Es gibt keinen Zweifel daran, daß Saddam Hussein im Unrecht war. Schließlich hat er eine entscheidende Norm des internationalen Rechts verletzt.

Die UNO hat daher mit Recht den Rückzug des Irak aus Kuwait und die Wiederherstellung der internationalen Rechtsverhältnisse gefordert. Man hätte aber vielleicht darauf verzichten können, den Rückzug zur zwingenden Voraussetzung für Verhandlungen zu erklären, ohne von der eigentlichen Rückzugsforderung abrücken zu müssen. Jedenfalls sind aufgrund dieser Vorgabe – und aufgrund des nachfolgenden *Ultimatums* – alle Möglichkeiten einer friedlichen Einigung blockiert worden.

Unter den Motiven, die Saddam Hussein dazu veranlaßt haben, sich störrisch der von der UNO beschlossenen Rückzugsforderung zu widersetzen – sei es auch auf die Gefahr hin, einen Krieg zu entfesseln –, lassen sich aber noch andere, für die westliche Mentalität nur schwer verständliche Beweggründe ausmachen. In diesem Zusammenhang muß vor allem auf die unterschiedliche Rechtsauffassung hingewiesen werden: Saddam Hussein betrachtete die Annexion von Kuwait nicht als eine schwere Verletzung des internationalen Rechts, sondern als einen Akt der Gerechtigkeit, ja als einen Akt der Wiedergutmachung für ein von den westlichen Staaten am Irak verübtes Unrecht. Daneben sei an das Ehrverständnis der Araber erinnert: Kein arabisches Land hätte einer »ultimativen« Forderung des Westens nachgegeben. Schließlich gilt der Westen seit jeher als Feind und Unterdrücker der arabischen Welt und als Ausbeuter seiner Reichtümer. Wenn der Westen angegriffen hätte, hätte ihn das unbesiegbare »Schwert Allahs«, d.h. das arabische Volk, in einem »heiligen Krieg gegen die Ungläubigen« geschlagen und vernichtet.

Eine wichtige Rolle spielt schließlich auch die Überzeugung, für die »große arabische Nation« zu kämpfen. Widersacher in diesem Kampf sind der »satanische« Westen, verkörpert durch die zum »Reich des Bösen« erklärten USA sowie die »Verräter« in den Reihen der arabischen »Gemeinschaft«, allen voran König Fahd von Saudi-Arabien. Dieser hatte es gewagt, den westlichen »Satan« um Hilfe zu bitten und es den Ungläubigen gestattet, den Boden Arabiens zu entweihen, auf dem sich die heiligen Stätten des Islam befinden, darunter nicht zuletzt die von Mohammed selbst zum obersten Heiligtum bzw. zur »moschea *haram*« auserkorene *Ka'bah* in Mekka. Als Saddam gegen den ungläubigen Westen, den Freund Israels, und gegen die arabischen »Verräter« zu Felde zog, glaubte er, die gesamte, Allah treu ergebene arabische Welt zu repräsentieren. Er hegte daher auch die Hoffnung, daß andere arabische Staaten an seine Seite treten und für den Ruhm Allahs und die Unabhängigkeit der »großen arabischen Nation« kämpfen würden. Er rechnete vor allem mit den Palästinensern, denen er als einziger Hoffnungsträger im Kampf gegen Israel und im Bemühen um die Errichtung eines eigenen Staates galt. Daher auch die ungerechtfertigte und verwerfliche Provokation Israels durch irakische Raketen. Das Land sollte angesichts unschuldiger Opfer und schwerer Schäden in den Krieg gezogen werden, um eine anti-israelische Front innerhalb des arabischen Lagers aufzubauen.

Als im Westen die Rede vom »Wahnsinn« Saddam Husseins war, wie man ihn an der Überheblichkeit seiner Sprache, an seiner mitunter brutalen Kompromißlosigkeit und an seiner Gewißheit, den Krieg »mit Hilfe Allahs« zu gewinnen, ablesen zu können glaubte, ließ man außer acht, daß Saddam Hussein ein Araber ist, ein Vertreter der *Ba'ath*-Partei, der sich der Sprache des islamischen Fundamentalismus bedient, um Konsens um sich herum zu schaffen: Ein Mann also, der die Dinge mit anderen Augen sieht als der Westen.

Saddam Hussein hat mit höchster Wahrscheinlichkeit die Bereitschaft des Westens

unterschätzt, sich derartig schnell auf eine militärische Konfrontation einzulassen, wie er im übrigen auch die militärische Stärke der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten verkannt hat. Möglicherweise überschätzt hat er dagegen das Angriffs- und Abwehrpotential des eigenen Landes. Noch wahrscheinlicher ist allerdings, daß er um die Luftüberlegenheit des Feindes wußte, aber davon überzeugt war, der Bodenkampf sei von Vorteil für die irakischen Truppen. Schließlich waren seine Soldaten durch den acht Jahre währenden Krieg gegen den Iran auf einen Kampf »zu Boden« vorbereitet. Die Aussicht auf einen langen und schwierigen Krieg hätte Saddam Hussein jedenfalls nicht von einem Kampf mit eindeutig ungleichen Vorzeichen abgehalten und ihn davon überzeugt, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Neben der Gewißheit, der Sieg werde den Gläubigen gehören – es könne nicht Allahs Wille sein, daß sie von den *kafiruna* (den »Ungläubigen«) unterjocht würden –, ist in der muslimischen, vor allem der schiitischen Weltanschauung immer noch die Idee vom Martyrium »auf dem Wege Allahs« lebendig.

Wie ein Beobachter richtig bemerkt hat, wird im Golf auch ein Krieg der fehlenden Verständigung ausgefochten. Zwei einander entgegengesetzte Konzeptionen internationaler Politik treffen aufeinander. Saddams Vorstellung ist historischer (Verantwortung der Kolonialmächte) und geopolitischer Natur (Notwendigkeit sicherer Zugänge zum Meer, Ausbeutung der Erdölvorkommen von Rumalia). Die UNO und die Westmächte verfechten hingegen ein normativ-rechtliches Modell, insofern sie die Handlungsweise des Irak als eine zu Lasten eines souveränen Mitgliedsstaates gehende Verletzung der UN-Charta betrachten und die Wiederherstellung der Rechtsordnung fordern. Saddam verweist auf das Prinzip der historischen Gerechtigkeit; die westlichen Länder fordern die Anerkennung positiver Rechtsnormen und berufen sich auf das Wesen westlicher Demokratie, das in der Respektierung von Verträgen und Gesetzen besteht. Die demokratische Ordnung sieht rechtliche Verfahrensweisen vor, um diese Normen zu ändern. Dabei ist es das erklärte Ziel, die wahren Werte zugunsten des einzelnen und der Gesellschaft zu verteidigen. Solange die Normen aber nicht verändert werden, gilt es, ihre Einhaltung zu garantieren, und sei es mit Gewalt. Nicht ohne Grund also hat Saddam behauptet, es sei ein Krieg »zwischen Gläubigen und Ungläubigen«, d.h. zwischen der arabisch-islamischen und der westlich-christlichen Welt, und bewußt erklärte Präsident Bush, der irakische Führer »fordere die Weltdemokratie heraus«.

Auf diese Positionen festgeschrieben – ohne eine Vermittlung zwischen »Geschichte« und »Recht«, zwischen »Tat« und »Rechtmäßigkeit« –, konnte die Golfkrise keinen anderen Ausgang nehmen als den Krieg, wie es dann leider auch geschehen ist. So treffen heute am Golf auch zwei verschiedene Auffassungen von den internationalen Beziehungen aufeinander: eine historische und eine normativ-rechtliche. Das mangelnde Verständnis dafür, daß die von der Geschichte gestellten Forderungen der Gerechtigkeit den rechtlichen Prozeduren internationaler Verständigung unterworfen werden müssen, und die Notwendigkeit, die Einhaltung von Rechtsnormen mit den objektiven Forderungen der Gerechtigkeit zu verknüpfen, haben schnell und unausweichlich zur militärischen Konfrontation geführt.

Es hätte Aufgabe der UNO sein können, in dem Moment, da man des *Embargo* gegen den Irak beschloß, zugleich eine Vermittlerfunktion zu übernehmen, um sich nicht von der Logik des Krieges mitreißen zu lassen. Das *Ultimatum* vom 15. Januar war ein

Ausdruck dieser Logik oder konnte zumindest von Saddam Hussein dahingehend interpretiert werden. Sicherlich gab es Vermittlungsversuche von Seiten der UNO, die große Anerkennung verdienen. Aber sie sind gescheitert, sei es wegen der unvernünftigen Weigerung von Saddam Hussein, auch nur einen Schritt von seiner Position abzurücken, oder sei es, weil diese Versuche in den Augen des Irak »ultimativen« Charakter hatten und den Rückzug aus Kuwait als zwingende Voraussetzung für eine Lösung enthielten. Es läßt sich also festhalten, daß die Vermittlungsmöglichkeiten der UNO nicht allein durch die starre Haltung des Irak blockiert wurden, sondern auch durch die Tatsache, daß man den Abzug aus Kuwait zur Voraussetzung für Verhandlungen machte, und vor allem dadurch, daß man ein *Ultimatum* stellte. Man muß allerdings hinzufügen, daß die Position der UNO durch den Mißerfolg des *Embargos* entscheidend geschwächt wurde. Dafür verantwortlich waren nicht zuletzt einige Länder, die das *Embargo* unterliefen, obgleich sie es unterzeichnet hatten, und so ein Instrument unbrauchbar machten, das den Irak ohne Krieg zum Rückzug hätte zwingen können.

* * *

Die militärische Konfrontation erwies sich für den Irak schnell als eine Katastrophe, nachdem in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar ein fürchterlicher Feuersturm über das Land hereingebrochen war. Wir wissen, welche Zertörungen dieser Sturm im militärischen und zivilen Apparat des Irak verursacht hat; wir wissen jedoch nicht, wieviele Opfer er unter der Zivilbevölkerung gefordert hat. Unvermittelt erwachten wir aus dem Traum von einer friedlichen Welt, wie sie uns nach dem Fall der kommunistischen Regimes im Osten und nach dem Ende des »Kalten Krieges« endlich möglich schien. Plötzlich sahen wir uns mit einem drohenden Konflikt zwischen der Nord- und der Südhälfte des Globus konfrontiert, von dem der Golfkrieg lediglich das tragische Vorspiel sein würde. Wir stehen folglich an einem Wendepunkt der Menschheit, wir erleben einen zukunftssträchtigen »historischen« Moment, in dem wir uns, von großer Angst durchdrungen, fragen: »Was sollen wir tun?«

Für einen Christen ist es das erste Gebot, sich dem Gebet zuzuwenden. Der Krieg ist nicht von Gott gewollt, weil er der Gott des Friedens ist und weil er alle Menschen als seine brüderlich miteinander verbundenen Kinder betrachtet. Wenn also die Menschen ihre brüderliche Liebe verleugnen und gegeneinander kämpfen und sich töten, so kann man Gott nicht darum bitten, er möge zugunsten der einen oder zuungunsten der anderen eingreifen. In Wirklichkeit werden die Kriege von den Menschen gewollt und geführt. So heißt es auch im *Jakobusbrief* 4,1-2: »Woher (kommen) Kriege und woher Kämpfe unter euch? Nicht daher: aus euren Lüsten, die in euren Gliedern streiten? Ihr begehrt und besitzt nicht? Also tötet ihr. Ihr eifert und erreicht doch nicht? Also kämpft ihr und führt Krieg.« Es ist also nicht der Herr, der die Kriege sendet, um die Menschen zu züchtigen, sondern es ist die Sünde, die sich durch den Krieg selber straft. Deshalb muß man den Gott des Friedens darum bitten, daß er uns nicht in der »Gewalt unserer Schuld« (Js 64,6) lasse, sondern daß er das Böse zerstören und den Menschen friedliche Gedanken eingeben möge. Dieser Appell – der »Schrei« der Menschheit, wie es der Papst ausgedrückt hat – richtet sich an die Barmherzigkeit Gottes, auf daß er Mitleid mit den Menschen habe, die Tage des Krieges und des Hasses verkürze und auf daß er den Leiden und dem Blutvergießen Einhalt gebiete.

Leider wissen wir nicht, wie lange dieser schreckliche Krieg dauern wird. Mit einer gewissen Leichtfertigkeit versicherten einige Beobachter, es handele sich um einen *Blitzkrieg*. Mittlerweile betonen dagegen Politiker und Militärs, man müsse sich auf einen »langen und harten« Krieg einstellen. Dem läßt sich hinzufügen, daß er schreckliche Grausamkeiten und Leiden mit sich bringen wird. Ein Vorgeschmack darauf ist die Behandlung der von den Irakern gefangengenommenen alliierten Piloten, die eindeutig gegen die Genfer Konventionen verstößt. Aber auch Tausende von Flüchtlingen, die sich bereits in Jordanien, im Iran und in Ägypten aufhalten, sollten zu denken geben. Wir wissen nicht, welcher Art und welchen Ausmaßes die ökologischen Schäden sein können, die durch brennende Ölquellen und durch große Mengen von ins Meer geleitetem Öl verursacht werden. Sicher ist hingegen, daß der Krieg die Probleme des Mittleren Ostens nicht lösen wird und daß er in der arabischen Welt ein Gefühl der Verzweiflung und des unstillbaren Hasses gegen den Westen zurücklassen wird: ein Vorbote neuer Konflikte. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, daß er anti-arabische Ressentiments in den westlichen Ländern nährt und fördert. Es ist daher notwendig – wie lange der Konflikt am Golf auch dauern mag und wie immer er auch ausgehen wird –, mit raschen politischen Entscheidungen und durch die Schaffung eines vertraulichen Klimas eine globale Lösung der Probleme im Mittleren Osten herbeizuführen, vor allem im Hinblick auf die Palästinenserfrage.

Es leuchtet ein, daß, solange diese Frage nicht in einer für Palästinenser und Israelis gleichermaßen befriedigenden Weise gelöst wird, der Mittlere Osten ein permanenter Krisenherd bleiben muß. Man sollte sich daher auf ein internationales Engagement einigen, etwa in Form einer Friedenskonferenz, wie sie von Johannes Paul II. am 13. Januar vorgeschlagen wurde. Die leicht vergessene Tragödie des Libanon, der zwischen Syrien und Israel aufgeteilt und im Innern durch feindliche Gruppierungen gespalten ist, ist nicht weniger schwerwiegend als die Krise am Golf. Auch diese Frage verlangt nach einer Lösung, die nicht die des Status Quo, das heißt der aktuellen Teilung, sein kann.

Sicherlich sind einige Länder gegen ein solches internationales Engagement, weil sie irrtümlicherweise glauben, die politischen und sozialen Probleme mit Waffengewalt lösen zu können. Aber so wie die UNO sich im Falle Kuwaits engagiert hat, so muß sie sich auch für andere schwere und bislang ungelöst gebliebene Probleme in der Region stark machen. Wenn sie dies nicht tut, so läßt sie es zu, daß die Lauterkeit ihres Motivs – die Wahrung des internationalen Rechts – in Zweifel gezogen wird. Sie würde aber nicht nur das Motiv zur Diskussion stellen, das sie im Falle von Kuwait zu einem überaus großen Engagement bewegt hat (zwölf Resolutionen), sie würde auch das politische Prestige aufs Spiel setzen, das sie in diesen Monaten als Garant des internationalen Rechts zurückgewonnen hat. Wir müssen uns davon überzeugen lassen, daß es keinen Frieden geben kann, solange Ungerechtigkeit, Unterdrückung und unerträgliche Armut fortbestehen. Solche Zustände können nicht mit Gewalt aufrecht erhalten werden und führen früher oder später zur Explosion. Es ist verwunderlich, wie wenig die Menschen aus der Geschichte lernen.

Wir haben gesagt, daß der Golfkrieg, wie immer er ausgehen mag, in der arabischen Welt Ressentiments und Spuren des Hasses gegen den »satanischen« Westen hinterlassen wird. Diese Tatsache darf nicht unterschätzt werden. Man sollte sie vielmehr sehr ernst nehmen, weil sie die politische und religiöse Zukunft des Planeten betrifft: Die

»islamische Gemeinschaft (*ummah*)«, zu der fast die gesamte arabische Welt gehört, umfaßt 700-800 Millionen Menschen.

Es muß daher vermieden werden – nur in welchem Maße wird dies überhaupt möglich sein? –, daß sich die arabische Welt und insbesondere jener Teil, der sich, von Rachegehlüsten beseelt, leicht für den islamischen Integralismus und die Idee einer »arabischen Nation« begeistern läßt, vom Westen gedemütigt fühlt. Wir müssen zugeben, daß dies eine schwierige Aufgabe ist. Wir sollten uns aber zumindest darum bemühen, den islamischen Völkern begreiflich zu machen, daß der Golfkrieg kein »Kreuzzug« der Christenheit gegen den Islam und gegen »die Söhne des Propheten« ist und daß der Papst alles Menschenmögliche unternommen hat, um ihn zu verhindern. Denn schließlich betrachtet er diesen Konflikt als eine »schwere Niederlage des internationalen Rechts und der internationalen Gemeinschaft«.

La Civiltà Cattolica

Die umfangreiche Stellungnahme des Vatikan zum Golfkrieg aus dem Februar 1991 erfolgte zu einer Zeit, da das Kriegsgeschehen noch um die Befreiung Kuwaits tobte und niemand den Konflikt danach, den Vernichtungsfeldzug des Irak gegen die kurdische Minderheit im eigenen Land kommen sah. Insofern wäre es nicht fair, ein Vatikanisches Dokument zu beurteilen mit Erkenntnissen, die den Verfassern zur Zeit der Publikation dieses Textes in *La Civiltà Cattolica* schlechterdings nicht zur Verfügung stehen konnten. Freilich kann auch die Rücksicht eines einzelnen Analytikers das besagte Dokument nicht davor bewahren, von anderen im Lichte der erneuten Menschenrechtsverletzungen Saddam Husseins betrachtet und damit umso heftiger verworfen zu werden. Denn es hat sich im Zusammenhang mit der Kurdentragödie hinlänglich erwiesen, daß die Völkergemeinschaft einen Skrupellosen wie den irakischen Diktator eben nicht als ebenbürtigen Verhandlungspartner ansehen kann, da er sich nicht nur über jede Norm des Völkerrechts hinwegsetzt, sondern auch die fundamentalen Menschenrechte mit Füßen tritt. Und wer – auch der Vatikan nicht! – hätte es wagen können, behutsame Verhandlungsdiplomatie zu empfehlen, während gleichzeitig die ethnische Minderheit der Kurden vom Ausgelöschtwerden bedroht war?

Dennoch mag hier, zum Zwecke der Analyse, das Stichdatum Februar 1991 ausreichen. Das Vatikanische Dokument ist sub specie dieser Zäsur von wünschenswerter Klarheit – und von unausweichlicher Kritikabilität. Das beginnt bereits mit der Nomenklatur: Die Agression Saddam Husseins gegen Kuwait, der Einmarsch des Irak am 2. August 1990, wird als »Golfkrise« bezeichnet, der Beginn der militärischen Gegenwehr der am Golf versammelten Allianz dagegen als »Krieg«. Entsprechend bedenklich – bedenklich im Lichte des Gerechtigkeitsgebots in der Beurteilung historischer Vorgänge – klingt das zitierte Urteil des Heiligen Vaters, der den »Beginn dieses Krieges« als eine »schwere Niederlage des internationalen Rechts und der internationalen Gemeinschaft« bezeichnete. Zum einen wurde internationales Recht zuerst durch die Annexion Kuwaits gravierend beschädigt, nicht durch den Beginn der Gegenwehr auf alliierter Seite (diese Gegenwehr verstand sich vielmehr subjektiv und objektiv als Versuch, das internationale Recht wiederherzustellen). Zum anderen konnte weder am 2. August 1990 noch am 17. Januar 1991 von einer »Niederlage« des internationalen